

Die erste wissenschaftliche Konferenz in Lodz zum Thema:

„Medien und Diktatur. Das Wesen der Diktatur im medialen und kommunikativen Kontext“

Veranstaltet von Prof. Dr. hab. Marek Ostrowski, Lehrstuhl für Journalismus und soziale Kommunikation der Universität Lodz, Polen

Abstract:

Am 15. und 16. Juni 2016 fand in Lodz die erste internationale wissenschaftliche Konferenz statt zum Thema, dessen ein wichtiger Bestandteil – das historisch aufgefasste Phänomen der Diktatur – aus mediologischer und kommunikationswissenschaftlicher Sicht analysiert wird. Zum Wesen der Diktatur gehört es, ihre Macht in Bezug auf die Beherrschung der Medien zu gebrauchen.

Totalitäre Systeme verwirklichen die Dominanz ihrer Ideologie durch die Kontrolle über die Medien. Die Diktatur übt in ihrer Kulturpolitik einen Druck auf die Bürger aus, schaltet sie sozial und kulturell gleich. Zu einer wichtigen Frage wird also die Analyse der historischen und kulturellen Politik der Diktaturen – des Dritten Reiches, der VRP, DDR, der UdSSR und der gegenwärtigen nichtdemokratischen Länder.

Beitrag von Dr.ⁱⁿ Justyna Haas

In dem Beitrag: „Sozialistische Medienpolitik als Teil der Diffamierungskampagne am Beispiel von Jehovas Zeugen in der UdSSR“ wurden zunächst das Ziel und die Entwicklung der Medienpropaganda in der Sowjetunion beleuchtet. Dem folgte ein kurzer Abriss über die Geschichte von Jehovas Zeugen in Gebieten der UdSSR und ihre Verfolgung. Die Stilisierung des Feindbildes durch die sowjetische Propaganda erfolgte unter anderem durch präparierte Dokumentationen, feindselige Äußerungen, unwahre Berichte und Halbwahrheiten.

Auch der Gerichtssaal wurde zum Medium. Besonders die Presse berichtete detailliert von Gerichtsverhandlungen, in denen neben falschen Anklagen und Behauptungen auch ungerechte Urteile und Strafen ausgesprochen wurden.

Die Wirkung von sowjetischer Medienpropaganda trug zum Misstrauen und zur Feindseligkeit in der Gesellschaft bei und hatte weitgehende Folgen für ihre Opfer. Nach 1990 wurden die bereits verfolgten Zeugen Jehovas rehabilitiert und bekamen vom Staat Entschädigungsgelder sowie Opferausweise.

Angesichts der derzeitigen Lage der Glaubensgemeinschaft von Jehovas Zeugen in Russland, denen das erneute Verbot droht, erweist sich die Problematik der Meinungs- und Religionsfreiheit in den postmodernen Gesellschaften mehr als aktuell. Tendenzen, grundlegende Menschenrechte in einem demokratischen Staat zu unterbinden ist eine zu ernst nehmende Gefahr. Zu bereits vollzogenen Sanktionen der Religionsgemeinschaft gegenüber gehören Beschlagnahmung ihres Schrifttums durch die Behörden, zahlreiche Gerichtsverhandlungen, Störung der Zusammenkünfte sowie das landesweite Verbot ihrer weltweit genutzten Webseite www.jw.org. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einzelne Zeugen Jehovas aufgrund ihrer religiösen Tätigkeit. Angesichts dessen sind bis jetzt 28 Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingelegt worden.